

Sessionsbilanz Wintersession 2009 aus der Sicht des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv

1. Erfolge im Kerngeschäft

1.1 Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz

Im Sinne der sgv-Forderungen hat der Nationalrat etliche zusätzliche Leistungskürzungen beschlossen. So hat er insbesondere auch der im sgv-Positionspapier propagierten degressiven Ausgestaltung des Taggeldbezugs zugestimmt. Verglichen mit der Vorlage des Ständerats wurden rund 200 Millionen Franken an zusätzlichen Einsparungen beschlossen. Leider hat der Ständerat auch einer Erhöhung des Beitragssatzes sowie der Wiedereinführung eines Solidaritätsprozents zugestimmt. Immerhin fällt die Erhöhung des Beitragssatzes (plus 0,2%) aber tiefer aus als vom Bundesrat ursprünglich beantragt.

Künftige sgv-Strategie: *In der Differenzbereinigung wird sich der sgv dafür einsetzen, dass sich die vorteilhaftere Fassung des Nationalrats durchsetzt. Da leider davon auszugehen ist, dass sich die Arbeitslosenversicherung mit der nun vorliegenden Revisionsvorlage nicht nachhaltig sanieren lässt, wird der sgv darauf einwirken, dass in einer nächsten Revision das Leistungsspektrum eingeschränkt wird.*

Verantwortlich: Kurt Gfeller

1.2 Ständerat stimmt neuem Rechnungslegungsrecht zu

Der Ständerat hat als Erstrat den zweiten Teil der Aktienrechtsreform beraten, das Rechnungslegungsrecht. Neu werden die Anforderungen an die Buchführung nach der wirtschaftlichen Bedeutung eines Unternehmens und nicht mehr nach der Rechtsform festgelegt: Für kleine und mittlere Betriebe gelten weniger strenge Regeln als für Grossunternehmen und Konzerne. Der Ständerat hat – nicht zuletzt dank dem Einsatz des sgv – die Vorlage gegenüber den bundesrätlichen Vorschlägen noch verbessert. So soll etwa die Pflicht zur Buchführung und Rechnungslegung nur für Unternehmen gelten, die einen Umsatz von mindestens 250'000 Franken erzielen; der Bundesrat hatte 100'000 Franken vorgeschlagen. Damit kann eine Erhöhung der Administrativkosten für KMU abgewendet werden.

Künftige sgv-Strategie: *Lobbyarbeit, damit der Nationalrat den ständerätlichen, KMU-freundlichen Beschlüssen folgt.*

Verantwortlich: Peter Neuhaus

1.3 Volksinitiative „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb“

Am 25. November 2009 hat der Ständerat mit 30 zu 9 Stimmen diese Volksinitiative abgelehnt. Diese Initiative verlangt, dass Menschen mit einem steuerbaren Einkommen von über 250'000 Franken zu mindestens 22 Prozent besteuert werden und dass für Vermögen von über zwei Millionen Franken ein Mindestsatz von 5 Promille gilt. Eine der gravierenden Folgen dieses Ansinnens wäre unter anderem die Unterminierung der Steuerautonomie der Kantone, denn ihr Vorrecht zur Festlegung der Steuersätze und -tarife würde eingeschränkt.

Künftige sgv-Strategie: *Lobbyarbeit im Nationalrat für Ablehnung der Volksinitiative.*

Verantwortlich: Marco Taddei

1.4 Milchpreis und Landwirtschaftspolitik

Der Nationalrat hat in einer ausserordentlichen Session zum Thema Milchpreis und Landwirtschaft die bisherige bundesrätliche Agrarpolitik, die auch auf der Linie des sgv liegt, unterstützt. So wurde eine Motion abgelehnt, welche die Landwirtschaft aus den WTO-Verhandlungen herauslösen wollte. Ebenfalls verworfen wurde die Forderung nach einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen für ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.

Künftige Strategie: Weiterhin Unterstützung der bundesrätlichen Linie einer konsequenten, aber sozialverträglichen Weiterführung des Agrarreformkurses. Dabei darf die gewerbliche Lebensmittelwirtschaft gegenüber der Landwirtschaft nicht benachteiligt werden.

Verantwortlich: Rudolf Horber

1.5 ZGB-Revision: Bauhandwerkerpfandrecht

Der Nationalrat hat Differenzen zum papierlosen Schuldbrief und anderen Änderungen im Sachenrecht beraten. Bei den Bedingungen für die Errichtung eines Bauhandwerkerpfandrechts schwenkte der Nationalrat auf die Linie von Bundesrat und Ständerat ein.

Künftige Strategie: Mit der Schlussabstimmung wurde das Instrument des Bauhandwerkerpfandrechts zugunsten der Bauwirtschaft inkl. Subunternehmer nicht angetastet. Damit ist das Geschäft im Sinne des sgv bereinigt worden.

Verantwortlich: David A. Sansonnens

1.6 Ablehnung der Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ und Gegenvorschlag „Schutz und Nutzung der Gewässer“

Der Nationalrat hat sich mit der parlamentarischen Initiative «Schutz und Nutzung der Gewässer» (07.492) befasst. Der Rat nahm den Kompromissvorschlag des Ständerates zur Flexibilisierung der Restwassermengen an, der eine Lockerung der Restwasserbestimmungen für höher gelegene Bergbäche zur Folge hat. Zudem empfiehlt der Nationalrat die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» mit 107 zu 65 Stimmen zur Ablehnung. Der Ständerat räumte die verbleibenden Differenzen hinsichtlich des Gewässerraumes (Sachplan Fruchtfolgefläche) sowie im Enteignungsrecht diskussionslos aus. Der Ständerat hat dem Beschluss des Nationalrates zugestimmt.

Künftige Strategie: Die Vorlage ist im Sinne des sgv beschlossen worden, das Geschäft ist erledigt.

Verantwortlich: Agathe Tobola Dreyfuss

1.7 Nationalrat gegen Umsetzung der Alpenkonvention

Après 9 ans de durs combats contre le puissant lobby constitué par l'administration fédérale et les organisations écologistes, la majorité du Conseil national a rejeté les 9 protocoles de la Convention alpine lesquels auraient abouti à geler tout développement de 60% du territoire suisse (région alpine et préalpine), nuisible à toute l'économie et notamment au domaine des transports routiers.

Künftige Strategie: L'usam luttera pour que la convention ne fasse pas l'objet de nouvelles expertises et pour que cet objet soit définitivement biffé de l'ordre du jour politique.

Verantwortlich: Agathe Tobola Dreyfuss

2. Misserfolge im Kerngeschäft

2.1 Familienzulagen für Selbständigerwerbende

Leider sprach sich der Nationalrat dafür aus, alle Selbständigerwerbenden schweizweit zwingend den entsprechenden Familienzulageordnungen zu unterstellen. Bisher konnten die Kantone in eigener Regie darüber befinden.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV wird sich im Ständerat dafür einsetzen, dass es bei der heutigen föderalistischen Regelung bleibt. Ansonsten engagiert er sich für die Umsetzung der Forderungen aus seinem Positionspapier Familienzulagen.

Verantwortlich: Kurt Gfeller

2.2 KVG-Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung

Zum Leidwesen der sgV hat es das Parlament versäumt, griffige Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung in der Krankenversicherung zu beschliessen. Der Ständerat hat der Vorlage die Dringlichkeit abgesprochen, so dass die Beratungen erst wieder im Frühjahr 2010 aufgenommen werden. Immerhin wurden einige missliebige Vorschläge aus dem BAG definitiv gestrichen. Einige der noch offenen Punkte zielen zwar in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht aus, um das Kostenwachstum nachhaltig zu dämpfen.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV setzt sich dafür ein, dass mittels Erhöhung des Selbstbehalts und der Franchisen stärkere Anreize geschaffen werden, damit sich die Versicherten kostenbewusster verhalten. Durch die Streichung des Vertragszwangs soll der Wettbewerb unter den Leistungserbringern gestärkt werden. Daneben schlägt der sgV in einem Positionspapier eine Reihe weiterer Massnahmen vor, mit denen sich das Kostenwachstum drosseln liesse.

Verantwortlich: Kurt Gfeller

2.3 Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft

Nach dem Willen des Bundesrates soll das Gentech-Moratorium nicht nur bis zum 27. November 2010, sondern bis zum 27. November 2013 in Kraft bleiben. Der sgV hat sich entgegen dem Vorschlag des Bundesrates klar gegen eine Verlängerung dieses Moratoriums ausgesprochen, denn es ist freiheitsfeindlich und schadet der Forschung und der Innovation und gefährdet damit Arbeitsplätze. Der Ständerat hat jedoch der Vorlage deutlich zugestimmt.

Künftige sgV-Strategie: Weiterführung der Lobbyarbeit, um im Nationalrat ein Nein zu erwirken.

Verantwortlich: Rudolf Horber

2.4 NR und SR haben die Erhöhung der Wasserzinsen und der KEV beschlossen

Der Nationalrat befasste sich als Zweitrat mit der parlamentarischen Initiative «Angemessene Wasserzinsen» (08.445). Er beschloss die stufenweise Erhöhung der Wasserzinsen und schloss sich den vom Ständerat vorgeschlagenen Erhöhungsschritten an. Gleichzeitig hat der Nationalrat die Vorlage mit der parlamentarischen Initiative Bourgeois «Förderung erneuerbarer Energien» (08.481) in einem Mantelerlass verknüpft: Demnach soll mit einer Revision des Energiegesetzes der Plafond für die KEV um 0,3 Rp. pro kWh erhöht werden.

Künftige sgv-Strategie: *Eine weitere Verteuerung des Stroms kann nicht gerechtfertigt werden. Der sgv wird dagegen ankämpfen.*

Verantwortlich: *Agathe Tobola Dreyfuss*

4. Von der sgv-Geschäftsstelle angeregte parlamentarische Vorstösse

4.1 Postulat Bundeskausalabgaben und Unternehmen. Indikator

In Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des sgv hat Nationalrat Edi Engelberger das Postulat „Bundeskausalabgaben und Unternehmen. Indikator“ eingereicht. In Rahmen der bis Ende 2010 vorgesehenen Erarbeitung eines Indikators über die Entwicklung der Belastung aus Abgaben und Gebühren bei Bund, Kantonen und Gemeinden wird der Bundesrat beauftragt, insbesondere die folgende Problematik aufzuzeigen:

- welche Abgaben und Gebühren die Unternehmen belasten;
- wie die totale Belastung der Unternehmen durch Abgaben und Gebühren heute aussieht und
- wie sich die Gesamtbelastung der Unternehmen durch Kausalabgaben in den letzten Jahren entwickelt hat.

Künftige sgv-Strategie: *Lobbyarbeit im Nationalrat für Annahme des Postulates.*

Verantwortlich: *Marco Taddei*

4.2 Interpellation NR Edi Engelberger: „Neues Präventionsgesetz: Übungsabbruch!“

Am 30. September 2009 hat der Bundesrat die Botschaft zum Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung veröffentlicht. Die wohl begründeten Bedenken der Wirtschaft gegen dieses neue überflüssige Geschäft wurden praktisch vollständig in den Wind geschlagen. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen reichen für eine sinnvolle, angemessene Präventionspolitik aus. Deshalb hat sgv-Präsident Engelberger den Bundesrat angefragt, ob er nicht zuletzt angesichts der drohenden Bundesdefizite bereit sei, auf das überflüssige neue Präventionsgesetz zu verzichten.

Künftige sgv-Strategie: *Lobbyarbeit, damit das Parlament Nicht-Eintreten auf das neue Präventionsgesetz beschliesst und die Vorlage beerdigt. Das Geschäft kommt am 27. Januar 2010 vor die SGK-Nationalrat.*

Verantwortlich: *Rudolf Horber*

Bern, 11. Dezember 2009 sgv-En/rs